

4.11 Kontinuierliche Bedrohung durch Rassismus und rechtsextreme Gewalt

Dr. Nora Warrach

Rassistische Gewalt zieht sich kontinuierlich durch unsere Gesellschaft. Dass Rassismus bis heute unsere Gesellschaft strukturiert, ist mitunter auf mangelhafte Bildung bezüglich historischer Zusammenhänge und unzureichende rassismuskritische Reflektion zurückzuführen: In Deutschland wird Rassismus immer noch zu oft nur bis zur NS-Zeit gedacht, gilt damit als überwunden und findet „woanders, aber doch nicht hier“ statt – und wenn doch, dann bei „den Nazis“ und sicher nicht „in der Mitte“ der Gesellschaft. Dieses Verständnis von Rassismus hat sich u. a. durch den Einzug der AfD in den Bundestag und öffentlichkeitswirksamen Aktivismus, wie die Black-Lives-Matter-Bewegung, die im Frühjahr und Sommer 2020 durch lautstarke Demonstrationen Aufmerksamkeit erhielt, etwas gewandelt; das Problem an der Wurzel gepackt wurde damit aber nicht.

Bei Rassismus handelt es sich auch außerhalb rechter Netzwerke und Gewalttaten um eine koloniale Kontinuität, die tief in unserer Gesellschaft verwurzelt und in die eindeutig jede*r involviert ist: Straßennamen, kolonialrassistische Ausdrücke, Handelsbeziehungen, die bis heute auf Ausbeutung beruhen, und etablierte Machtverhältnisse zeugen von der Zeit, in der Deutschland Kolonien auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent „besaß“ und auf Grundlage einer vermeintlichen „Rassenlehre“ brutal verwaltete. Rassismus als Ordnungs- und Strukturierungsmerkmal meint, dass dieser kein Phänomen rechtsextremer Ränder darstellt, sondern jedes Gesellschaftsmitglied betrifft, da wir alle – um es mit der Antirassismustrainerin Tupoka Ogette zu sagen – rassistisch sozialisiert sind: durch Bücher, Musik, Bilder, Werbung, Nachrichten etc. Die rassistischen Strukturen haben auch zur Folge, dass Schwarze und Menschen of Color in einflussreichen und sichtbaren Positionen unterrepräsentiert sind.

Rassismus erleben viele Gesellschaftsmitglieder täglich aufgrund ihrer Hautfarben, ihrer religiösen Kopfbedeckung, ihres Namens, ihrer Haarstruktur etc. Diese Erfahrungen reichen von ausgrenzenden oder erniedrigenden Zurufen über strukturelle Benachteiligung bei der Suche nach einer Wohnung oder Arbeitsstelle bis zu Gewalt und Mord. Die Kontinuitäten rechtsextremer Taten, die in diesem Text herausgearbeitet werden, haben mindestens das Folgende gemeinsam: Die strukturelle Verankerung von Rassis-

mus in unserer Gesellschaft – der für viele, meist *weiß* positionierte Menschen unsichtbar ist und dessen Thematisierung häufig auf Abwehr trifft sowie als Angriff empfunden wird – macht(e) rechtsextreme Taten möglich, mach(t)e es möglich, dass sich Aufklärungsarbeiten hinzogen und dass es sich um kollektive Taten handelt.

1990 Eberswalde. 1991 Hoyerswerda und Hünxe. 1992 Rostock-Lichtenhagen und Mölln. 1993 Solingen. 2000 bis 2007 deutschlandweit durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU). 2015 und 2016 Anschläge auf Unterkünfte für geflüchtete Menschen. 2016 München. 2018 Chemnitz. 2019 Kassel und Halle. 2020 Hanau.¹

Rechtsextreme Netzwerke und Strukturen: Es handelt sich um organisierten rechtsextremen Terror und nicht um Einzelfälle

Die obige unvollständige Liste rechtsextrem motivierter Morde zeigt: Bei den rechtsextremen Anschlägen in Deutschland seit der Wende handelt es sich nicht um Einzelfälle, sondern um organisierte rechte Kriminalität und damit Kontinuität. Ferda Ataman spricht angesichts der in immer kürzeren Abständen auftretenden Gewalttaten von einer „Rassismus-Krise“².

Der rassistisch motivierte Brandanschlag auf das Wohnhaus der Familie Genç in Solingen, bei dem die Geschwister Saime (4) und Hülya (9), die Schwestern Hatice (18) und Gürsün (27) sowie die aus der Türkei zum Familienbesuch angereiste Cousine Gülüstan (12) ums Leben kamen, ist eingebettet in eine anhaltende Reihe rechtsextremen Terrors. Gleichzeitig war der Brandanschlag von Solingen der bis dato folgenschwerste seiner Zeit.³ Familie Genç aus Solingen zählt zu insgesamt mindestens 213 Menschen, die seit 1990 in der Bundesrepublik durch rechte Gewalt ums Leben gekommen sind.⁴ Politisch motivierte Gewalt

1 Nicht vergessen werden darf, dass es nicht erst seit 1990 rechte Gewalt gibt, auch wenn 1990 oftmals als „Stunde null“ gezählt wird; durch die Wende wurden auch die rechten Netzwerke aus der DDR und der BRD zusammengeführt. Nötig wäre eine Analyse rechten Terrors nach 1945 (vgl. Keller 2021).

2 Ataman, F. (2020). Dabei handelt es sich um Taten, die rassistisch, antisemitisch und misogyn motiviert sind.

3 Vgl. Demirtaş, B. (2020), S. 28 f.

4 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung.

geht besonders stark von rechts aus, wie ein Vergleich der vergangenen zehn Jahre in der BKA-Studie 2020 verdeutlicht.⁵

Die Gesellschaft wird durch die Mär des Einzeltäters/der Einzeltäterin entlastet und aus der Verantwortung genommen. Es wird versucht, die Biografie des Täters (z. B. schwere Kindheit, gewaltvolles oder desinteressiertes Elternhaus, gewaltverherrlichende Videospiele) heranzuziehen und durch psychische Probleme die rassistische Tat zu legitimieren.

Täter*innen-Opfer-Umkehr: Den Betroffenen wurde häufig Täter*innen-Wissen zugeschrieben

Was die oben aufgelisteten Orte, die für rechtsextreme Taten stehen, neben dem Fakt rassistischen Terrors gemein haben: In vielen Fällen wurden die Betroffenen verdächtigt, mit den Taten in Zusammenhang zu stehen, und dadurch selbst zu Täter*innen stilisiert. Am öffentlichkeitswirksamsten wurde dies bei den Morden durch den NSU deutlich, als die Nürnberger Zeitung 2005 den Begriff „Döner-Morde“ aufbrachte, der von zahlreichen Medien rezipiert wurde. Die Angehörigen und Überlebenden der Mordserie wurden jahrelang nicht als Betroffene ernst genommen; Polizei, Politik und Medien wiederholten regelmäßig Schuldvorwürfe und vermeintliche kriminelle Clanverhältnisse, statt den zahlreichen Hinweisen auf rechten Terror entschieden nachzugehen und so weiteren Taten entgegenzuwirken.

Diese Diffamierung von Betroffenen führt zu einer Täter*innen-Opfer-Umkehr und vermutet Verantwortliche für die Taten im direkten Umfeld der Betroffenen.⁶ Statt also psychologische und emotionale Unterstützung zu erhalten, werden Trauernde, die ein Elternteil, ihre*n Partner*in, Freund*in, Bruder oder Schwester verloren haben, verhört und verdächtigt, gar beschuldigt, Wissen zurückzuhalten. Das kann zu einer doppelten Belastung führen und Traumata verstärken.⁷

⁵ Vgl. BKA (2021).

⁶ Mordopfer (vgl. NSU-Tribunal).

⁷ Dass es sich auch hierbei um Rassismus handelt, unterstreicht u. a. der Fakt, dass es diese Vorwürfe und diese Umkehr nicht bei *weißen* Opfern gab, wie z. B. im Fall des Mordes an Walter Lübcke, dessen Familie keine Schuldvorwürfe traf.

#SayTheirNames⁸: Die Täter*innen werden stärker fokussiert als die Betroffenen, was eine würdige Erinnerungskultur beschneidet

Namen wie Beate Zschäpe oder Anders Behring Breivik sind vielen bekannt. Viele Menschen wissen um das Aufwachsen dieser Personen, kennen sogar die Namen der Haustiere oder Bezugspersonen. Diese Form der „ver-rückten“ Erinnerungskultur wird schon lange in Deutschland kritisiert, durch detailreiche Berichterstattungen über Täter*innen und ihr Umfeld werden die Opfer und Hinterbliebenen unsichtbar gemacht.

#SayTheirNames ist daher ein Appell, der die zivilen Opfer rechtsextremer Taten als Menschen sichtbar macht und für eine „zurechtgerückte“ Erinnerungskultur steht. Zunehmend wurden die Stimmen von Hinterbliebenen laut, die forderten, die Biografien der Opfer hörbar und sie somit als Menschen sichtbar zu machen und damit den Fokus vom jeweiligen Täter*innen(-umfeld) abzuwenden. Denn erinnert werden soll an diejenigen, die starben.

Durch diese Form der öffentlichen Erinnerung soll zugleich eine nach derartigen Taten anfängliche Solidarität aufrechterhalten werden, sodass das Geschehene nicht vergessen wird. Die Sichtbarkeit, die durch die Nennung der Namen und Fotos der Opfer erreicht wird, mahnt, dass Gerechtigkeit walten und lückenlose Aufklärung erfolgen muss. Dabei geht es auch um die Anerkennung der Taten als das, was sie sind: rassistische und rechtsextreme Gewalt.

Schlussgedanken

„Sicherheit gibt es in Deutschland nicht für alle Menschen und vor allem nicht für alle Menschen gleichermaßen“ (Reinfrank et al., 2021). Das massive Sicherheitsproblem in Deutschland zeigt sich an vielen Stellen: Rechtsextreme finden sich nicht nur im Alltag, sondern in der Polizei, in der Bundeswehr und im

⁸ Der Hashtag #SayHerName geht zurück auf den Tod von Sandra Bland, einer Schwarzen US-Amerikanerin, die nach einer Polizeikontrolle in Untersuchungshaft kam und wenig später tot in ihrer Zelle aufgefunden wurde; die Umstände sind bisher ungeklärt. Nach den rassistischen Morden in Hanau hat sich die Initiative 19. Februar Hanau u. a. mit dem Ziel gegründet, dass die Namen der Opfer nicht vergessen werden. Teil ihrer öffentlichkeitswirksamen Kampagnen ist der Hashtag #SayTheirNames. Infos unter: <https://19feb-hanau.org>.

Bundestag.⁹ Rechtsextreme Strukturen bspw. durch unabhängige Studien zu ergründen, wird bisher vom Bundesinnenministerium abgelehnt. Das zeigt: Die aufgeführten rechtsterroristischen Anschläge in unterschiedlichen deutschen Städten und die damit zusammenhängenden zahlreichen Betroffenen, Opfer, Angehörigen und Überlebenden werden nicht ernst (genug) genommen, um der massiven rechten

Gewalt in Deutschland entschieden entgegenzutreten. Es bleibt derweil bei Lippenbekenntnissen, statt dass es zu strukturellen Veränderungen kommt, und das heißt: Ein angstfreies Leben ist für Jüd*innen, Muslim*innen, Schwarze, migrantisierte Menschen, Rom*nja und Sinti*zze¹⁰ durch die kontinuierliche Bedrohung von rechts in der Bundesrepublik nicht möglich.

Quellenangaben:

- Amadeu Antonio Stiftung (o. J.). *Todesopfer rechter Gewalt*. Verfügbar unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/ [Zugriff am 21. Mai 2021].
- Ataman, F. (2020). *Hanau war der eine Tropfen zu viel*. In *Hinsehen*. Halbjahresmagazin der Opferberatung Rheinland, Nr. 1, August 2020. www.opferberatung-rheinland.de/fileadmin/user_upload/pdf/OBR-Magazin_Hinsehen_1-2020.pdf [Zugriff am 21. Mai 2021].
- BKA (2021). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020 – Bundesweite Fallzahlen*. Verfügbar unter: www.bka.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Kurzmeldungen/210504_PMK2020.html [Zugriff am 4. Juli 2021].
- Demirtaş, B. (2020). *Erinnerungsarbeit nach rassistischen Anschlägen am Beispiel Solingen*. In Drücker, A. (Hrsg.), *Kontinuitäten und neue Perspektiven. 30 Jahre IDA: Von der Antirassismuserbeit zur Rassismuskritischen Bildungsarbeit*. Verfügbar unter: www.idaev.de/fileadmin/user_upload/pdf/publikationen/Reader/2020_IDA_Kontinuitaeten.pdf [Zugriff am 21. Mai 2021].
- Keller, C. (2021). *Gefangen in der Zeitschleife? Konjunkturen und Kontinuitäten rechten Terrors in Deutschland*. Verfügbar unter: <https://heimatkunde.boell.de/de/2021/04/14/gefangen-der-zeitschleife-konjunkturen-und-kontinuitaeten-rechten-terror-deutschland-0> [Zugriff am 22. Juni 2021].
- NSU-Tribunal (o. J.). *Die mediale Nichtthematisierung rassistischer Tatmotive und die Diffamierung Betroffener*. Verfügbar unter: www.nsu-tribunal.de/unsere-anklage-die-mediale-nichtthematisierung-rassistischer-tatmotive/ [Zugriff am 21. Mai 2021].
- Ogette, T. (2018). *exit RACISM. Rassismuskritisch denken lernen*. Münster: UNRAST-Verlag.
- Reinfrank, T. et al. (2021). Vorwort zum Dossier „Rechter Terror“. Verfügbar unter: <https://heimatkunde.boell.de/de/2021/04/14/vorwort-zum-dossier-rechter-terror> [Zugriff am 22. Juni 2021].

Literaturempfehlung:

- Demirtaş, B. (2016). *Der Brandanschlag in Solingen und seine Wahrnehmung durch die zweite Generation von türkischstämmigen Migranten*. Landesintegrationsrat NRW (Hrsg.).
- Demirtaş, B. (2020). *Erinnerungsarbeit nach rassistischen Anschlägen am Beispiel Solingen*. In *Kontinuitäten und neue Perspektiven. Von der Antirassismuserbeit zur Rassismuskritischen Bildungsarbeit*. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (Hrsg.).
- *Erinnerung an den Nagelbombenanschlag auf der Kölner Keupstraße*. Verfügbar unter: www.youtube.com/watch?v=u8PpZnZ0YSc [Zugriff am 08.06.2021].
- *Verblasste & verdrängte Erinnerungen an den rassistischen Brandanschlag von Solingen*. Verfügbar unter: www.youtube.com/watch?v=iLkVGeSPeI [Zugriff am 08.06.2021].

⁹ Laut Heinrich-Böll-Stiftung sind seit 2017 gut 377 Fälle von vermuteten oder nachgewiesenen rechtsextremen Fällen in Sicherheitsbehörden und mehr als 1.064 Verdachtsfälle bei der Bundeswehr dokumentiert (<https://heimatkunde.boell.de/de/2021/04/14/vorwort-zum-dossier-rechter-terror>).

¹⁰ Die Liste ist fortführbar durch Frauen* und queere Menschen sowie durch bestimmte Gruppen wie (Klima-)Aktivist*innen, Politiker*innen und Journalist*innen.